



Politik

EU erhöht NGO-Budget um 600 Prozent

31. Dezember 2025

3,4 Minuten Lesezeit

von **Thomas Oysmüller**

Die EU wird das Budget für NGOs massiv erhöhen und damit den Kulturkampf um „Wokeness“ massiv befeuern. Im Budgetplan sind über 8,5 Milliarden dazu vorgesehen, die EU-Bürger „schätzender gegenüber Vielfalt“ zu machen. Auch für Flüchtlinge und Migranten sind mehr Milliarden vorgesehen.

Sogenannte „NGOs“, Non-Governmental Organisations, sind sehr häufig

eigentlich Regierungsorganisationen, die vom Staat abhängig gemacht wurden und auch der Staatsagenda dienen. Dies betrifft etwa das Zensurnetzwerk oder auch verschiedene Felder des Kulturkampfes, etwa Transgenderismus, Zuwanderung und alle möglichen Varianten von „Diversität und Inklusion“. Das neue EU-Budget für die Zeit von 2028–2034 sieht eine massive Erhöhung der Ausgaben für NGOs vor.

Der aktuelle Budgetvorschlag sieht vor, dass die Finanzierung für NGOs um 600 Prozent steigen soll und damit mehr als 8,6 Milliarden Euro erreichen wird. Mit diesem Plan grenzt sich Brüssel auch scharf von der konservativen Wende in den USA ab. Dagegen will die EU ihre Position als offizielle, „progressive“ Opposition zur US-Bundesregierung festigen. Die intensivisierte Finanzierung durch den EU-Steuerzahler wird kulturelle Konflikte rund um die sogenannte „Wokeness“ innerhalb der EU weiter befeuern.

Der Plan sieht im Grunde eine fortschreitende Finanzierung von Aktivisten vor, die auf der Straße und außerparlamentarisch agitieren und die Agenda der EU vorantreiben, sich dabei aber als oppositionell inszenieren. Sie fordern jedoch nicht eine andere Agenda, sondern nur mehr von der EU-Agenda. Heißt: Mehr EU-Zentralisierung, mehr gesellschaftliche „Diversität“, mehr Klimapropaganda, mehr Impfungen – nur um einige Beispiele zu nennen. Der Kern des Vorschlags ist das neue Programm AgoraEU, das im Mehrjahresfinanzrahmen (MFR) 2028–2034 verankert werden soll. Die massive Erhöhung um 600 Prozent wurde medial kaum beleuchtet, vermutlich weil der Budgetplan durch die Kriegsbemühungen der EU überschattet wird.

AgoraEU fusioniert die bestehenden Programme Creative Europe und Citizens, Equality, Rights and Values (CERV) und zielt darauf ab, Europäer „bewusster und schätzender gegenüber Vielfalt“ zu machen, wie die Kommission es sagt. (<https://culture.ec.europa.eu/news/eu-budget-2028-2034-new-agoraeu-programme>) Das heißt auch: Kritik an Genderismus, Zuwanderung, Islamisierung, Regenbogen-Agenda, Inklusion

und Diversität wird bekämpft werden. Genau jene Programme, die durch die Trump-Administration radikal eingestampft werden, erhalten in der EU einen massiven Auftrieb – als gäbe es nicht schon genug davon.

Die Struktur umfasst drei Säulen: Creative Europe – Culture (1,8 Milliarden Euro), Media+ (3,2 Milliarden Euro) und Democracy, Citizens, Equality, Rights and Values (3,6 Milliarden Euro).

Im Vergleich zum aktuellen Budget 2021–2027, in dem Creative Europe etwa 2,44 Milliarden Euro und CERV 1,5 Milliarden Euro erhielten, bedeutet dies eine Verdopplung der Gesamtsumme. Das US-amerikanische *Compact* (<https://www.compactmag.com/article/why-transatlantic-relations-broke-down/>) -Magazin analysiert das aufgestockte Budget so:

„Mindestens für die nächsten vier Jahre wird die EU-Bürokratie als offizielle linke Opposition zur US-Bundesregierung agieren und die Ideologie im Westen fördern, die Washington nicht fördert. Weitere EU-Gesetze kodifizieren die für die Ausweitung des Progressivismus entscheidenden Partnerschaften zwischen Staat und Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir davon ausgehen können, dass sich der Kulturkampf um „Wokeness“ im Westen in den nächsten zehn Jahren eher verschärfen als abschwächen wird.“

Neben diesem Großbudget für AgoraEU wird der NGO-Komplex auch indirekt mit dem neuen Budget massiv befeuert. Im neuen Budgetvorschlag steigt die Finanzierung für Migration und interne Sicherheit etwa auf 34 Milliarden Euro. Gerade im Migrationsbereich sind viele progressive NGOs aktiv, viele Milliarden werden indirekt dort landen.

Die EU zeigt damit einmal mehr, dass sie kein wirtschaftliches Bündnis zwischen Nationalstaaten sein will, sondern ein ideologischer Player, dessen

politische Agenda über den Nationalstaaten steht. Die „Zivilgesellschaft“ wird dabei mit einem riesigen Finanzpaket dressiert, geführt und kodifiziert. Für die nächsten vier Jahre wird die EU-Bürokratie Ideologien fördern, die Washington ablehnt, was den Kulturkrieg über Wokeness verschärft. Das geschieht mit Sicherheit auch in der Hoffnung, dass nach Trump wieder die Demokraten im Weißen Haus einziehen. Selbst wenn das passiert, ist die progressive Ideologie bis 2034 ausfinanziert.

Bild „EU plus Pride flag at Budapest Pride 2025“ by Banned pride is licensed under CC BY 4.0.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

[EU-Kriegsbefürworter ändern ihre Haltung \(https://tkp.at/2025/12/30/eu-kriegsbefuerworter-aendern-ihre-haltung/\)](https://tkp.at/2025/12/30/eu-kriegsbefuerworter-aendern-ihre-haltung/)

[Widerstand gegen britische Zensurmaschine \(https://tkp.at/2025/12/30/widerstand-gegen-britische-zensurmaschine/\)](https://tkp.at/2025/12/30/widerstand-gegen-britische-zensurmaschine/)

WERBUNG

